

BIW Aktuell

- Der Informationsbrief der Wählervereinigung BÜRGER IN WUT -

2. Jahrgang

Ausgabe 5/2005

06.11.2005

In dieser Ausgabe lesen Sie:

Deutschland vor dem Staatsbankrott?	1
Teurer Bundestag	3
Parteien: Sparen im Wahlkampf.....	4
Stoiber vor dem politischen Aus?	4
Kurz notiert	6
Der gute Rat	6
Zu guter Letzt	7
Impressum	7

Deutschland vor dem Staatsbankrott?

Nun es also regierungsamtlich: Deutschland ist pleite! 2007 fehlen im Bundeshaushalt gegenüber dem laufenden Jahr stolze 35 Milliarden Euro, die nicht durch neue Kredite ausgeglichen werden können. Denn laut Grundgesetz darf die Nettoneuverschuldung des Staates die öffentlichen Investitionen nicht übersteigen. Und die Vermögenswerte des Bundes wie z.B. die staatlichen Beteiligungen an Post und Telekom sind schon von Rot-Grün weitgehend verscherbelt worden. Deshalb ist nun Haushaltskonsolidierung angesagt, um die Lücke – die immerhin 13% der gesamten Bundesausgaben entspricht – zu schließen. Drastische Einsparungen sind deshalb ebenso unvermeidlich wie Steuererhöhungen.

Doch selbst wenn dieser Kraftakt tatsächlich gelingen sollte, handelt es sich doch nur um einen Tropfen auf den heißen Stein. Denn die Lage der öffentlichen Kassen ist dramatisch: Auf fast 1,5 Billionen Euro beläuft sich das deutsche Staatsdefizit. Davon entfallen knapp 580 Mrd. Euro auf Länder und

Kommunen. Das ist aber nur ein Teil der Wahrheit: Rechnet man zur offiziellen Schuldenlast noch die bereits erworbenen Ansprüche gegen die Renten- und Sozialkassen sowie die zukünftig fälligen Beamtenpensionen hinzu, ergibt sich die gigantische Defizitsumme von 9,1 Billionen Euro! Würde man diesen Betrag in 1-Euro-Münzen aufhäufen, ergäbe sich ein Turm, der 55-mal so hoch ist wie die Distanz zwischen Mond und Erde. Und die beträgt immerhin 400.000 Kilometer.

Der Verschuldung des Staates stehen private Sparvermögen von gerade einmal 400 Mrd. Euro gegenüber. Selbst die vollständige Enteignung der privaten Kapitalbesitzer würde also gerade einmal ausreichen, um das öffentliche Defizit um 25% zu reduzieren. Es verblieben 1,1 Billionen an Schulden – oder 8,7 Billionen, wenn man die Ansprüche gegen die Sozialkassen in die Berechnung einbezieht. Bei dieser Betrachtung handelt es sich selbstverständlich nur um eine Momentaufnahme. Denn die Schulden des Staates

wachsen munter weiter, derzeit um knapp 2.200 Euro pro Sekunde.

Der Grund für die desaströse Finanzlage des Staates: Deutschland lebt bereits seit Mitte der sechziger Jahre über seine Verhältnisse, d.h. die öffentliche Hand gibt mehr Geld aus als sie aus Steuern und Abgaben einnimmt. Durch die Kosten der Wiedervereinigung wurde der Marsch in den Verschuldungsstaat Anfang der neunziger Jahre noch einmal deutlich beschleunigt. Es ist nicht absehbar, wie dieser gigantische Schuldenberg jemals abgebaut werden soll. Skeptiker malen schon das Schreckgespenst einer neuerlichen Währungsreform an die Wand, die Deutschland in den nächsten Jahrzehnten drohe. Auf diese Weise, so die These, werde sich der Staat seiner Defizite größtenteils entledigen – auf Kosten von Millionen privater Sparer und gewerblicher Kapitalbesitzer. Realistisch ist dieses Szenario freilich nicht. Denn mit der Einführung des Euro hat Deutschland seine währungspolitische Souveränität aufgegeben. Eine nationale Währungsreform wie 1923 und 1948 ist heute nicht mehr möglich. Sie müßte vielmehr von allen EU-Staaten getragen werden. Ein solcher Konsens ist aber mehr als unwahrscheinlich, zumal andere Mitglieder der Gemeinschaft bei der Konsolidierung ihrer Haushalte sehr viel erfolgreicher sind als Berlin. Man denke etwa an die ehemaligen skandinavischen Wohlfahrtsstaaten Schweden und Dänemark. Es führt deshalb kein Weg an der Erkenntnis vorbei, daß auch in Deutschland konsequent der Rotstift angesetzt werden muß, um zumindest auf sehr lange Sicht der Schuldenfalle zu entkommen. Dabei kann und darf es keine Tabus geben. Nicht nur die überbordenden Ausgaben im Sozialsystem, Subventionen und steuerliche Ausnahmetatbestände gehören auf den Prüfstand, sondern auch die großzügigen Zahlungen, die Deutschland an supranationale Organisationen wie die EU leistet. Und auch die enormen Kosten, die

eine völlig fehlgeleitete Zuwanderung nach Deutschland in den letzten Jahrzehnten verursacht hat, darf nicht länger tabuisiert werden.

Sparen allein wird aber nicht reichen. Der Staat muß auch versuchen, seine Einnahmesituation zu verbessern. Um Steuererhöhungen wird man deshalb ebenfalls nicht herumkommen. Eine Mehrwertsteuer von 18% oder gar 20% dürfte kaum noch zu vermeiden sein. Und auch die Anhebung der Einkommenssteuersätze jedenfalls für private Einkünfte und die von der SPD im Wahlkampf geforderte „Reichensteuer“ sind keineswegs ausgeschlossen.

Politisch dürfte es in den nächsten Monaten und Jahren turbulent zugehen in Deutschland. Massenproteste verschiedener gesellschaftlicher Gruppen, die von Mittelkürzungen oder Zusatzbelastungen betroffen sind, werden ebenso unvermeidlich sein wie das Wutgeheul der Lobbyisten. Die Proteststürme der Seniorenverbände auf die Ankündigung des zukünftigen SPD-Vizekanzlers Müntefering, Deutschlands Rentner könnten auch in den kommenden 4 Jahren nicht mit Rentenerhöhungen rechnen, waren nur ein erster Vorgeschmack auf das, was kommen wird.

Profiteure eines harten Sparkurses werden radikal-populistische Parteien wie die PDS/Linke sein, die jede Maßnahme der Regierung lautstark als sozial ungerecht brandmarken können, ohne praxistaugliche Alternativkonzepte präsentieren zu müssen. Sollte es den bei beiden großen Parteien nicht gelingen, die Wirtschafts- und Finanzkrise unseres Landes in den Griff zu bekommen, kann die latente Politikverdrossenheit schnell in eine tiefgreifende Krise des politischen Systems bis hin zu „Weimarer Verhältnissen“ münden.

+ + +

Teurer Bundestag

Durch den Einzug der Linkspartei in den Deutschen Bundestag wächst nicht nur die Zahl der Fraktionen im Berliner Reichstag, sondern auch die Belastung der Staatskasse. 2006 werden die im Parlament vertretenden Parteien insgesamt rund 67 Millionen Euro erhalten. Das sind 11,5% mehr als noch in 2004. Laut Abgeordnetengesetz erhält jede Fraktion eine Pauschale von 300.000 Euro und weitere 6.264 Euro für jeden ihrer Parlamentarier. Bei diesen Geldern handelt es sich um direkte Zuwendungen an die Fraktionen, die nichts mit den Diäten der einzelnen Abgeordneten zu tun haben.

Auch die zahlreichen Funktionsposten machen das deutsche Parlament zu einem teuren Vergnügen für den Steuerzahler. So gönnt sich der 16. Deutsche Bundestag neben einem Präsidenten jetzt 6 Stellvertreter an seiner Spitze. Die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages, von den Abgeordneten selbst beschlossen, sieht nämlich vor, daß jede Fraktion im Fraktion mindestens einen Vizepräsidenten stellen darf. Wohlgemerkt, mindestens einen Stellvertreter. Da der SPD im Konsens der Großkoalitionäre gleich 2 Präsidiumsposten zugestanden worden sind, gibt es bei nur 5 Parteien im neuen Deutschen Bundestag eben 6 Vizepräsidenten. Und die gehen ins Geld: Knapp 10.500 Euro Aufwandsentschädigung erhält ein Bundestagsvizepräsident und damit das Anderthalbfache eines normalen Abgeordneten, der es auf „nur“ 7.009 Euro im Monat bringt. Rechnet man noch die erhöhte Kostenpauschale hinzu, streicht jeder der 6 Bundestagspräsidenten monatlich 13.512 Euro ein. Der Parlamentspräsident verdient sogar 17.732 Euro. Außerdem erwerben die Abgeordneten im Bundestagspräsidium höhere Pensionsansprüche. Ein weiteres Pri-

vileg: Der Bundestagspräsident und jeder seiner Stellvertreter haben Anspruch auf einen „personengebundenen“ Dienstwagen nebst Chauffeur. Ein einfacher Abgeordneter hat dagegen nur eine „Transportgarantie“, und das kann im Zweifel auch eine Fahrt mit der Bahn bedeuten.

Der BIW meint: Natürlich müssen Volksvertreter, die einen harten und verantwortungsvollen Job haben, anständig bezahlt werden. Nur bei angemessener Vergütung wird es möglich sein, kompetente Köpfe für das Parlament zu gewinnen. Aber braucht der Deutsche Bundestag neben dem Präsidenten auch noch 6 teuer bezahlte Vizepräsidenten, nachdem man in der letzten Legislaturperiode noch mit 4 Stellvertretern ausgekommen war? Und muß sich Deutschland tatsächlich ein Parlament mit 614 Abgeordneten leisten, das im Vergleich mit den Volksvertretungen anderer europäischer Staaten und den USA völlig überdimensioniert ist? Natürlich sind die Einsparungen, die eine Verkleinerung des Bundestages um 100 oder 200 Abgeordnete bzw. ein schlankeres Bundestagspräsidium mit sich bringen würden, gemessen an der Gesamthöhe der Staatsausgaben verschwindend gering. In einer Zeit aber, da den Bürgern drastische Einschnitte, Nullrunden und Steuererhöhungen zugemutet werden sollen, um die maroden öffentlichen Haushalte zu sanieren, muß die Politik ein Zeichen setzen und mit gutem Beispiel vorangehen. Es geht nicht um die schiere Zahl, es geht um Glaubwürdigkeit. Und die steht auf dem Spiel, wenn zwar der kleine Mann den Gürtel enger schnallen soll, die Parteien im Bundestag aber weiter aus dem vollen schöpfen und sich gegenseitig immer neue Posten und Pfründe zuschanzen.

+ + +

Parteien: Sparen im Wahlkampf

„Deutschland verliert pro Tag 1000 Arbeitsplätze“ – so lautete ein von der CDU im Vorfeld der Bundestagswahl 2005 flächendeckend plakatiertes Slogan. Nun kam heraus, daß die Christdemokraten selbst ihren Beitrag zum Jobabbau in Deutschland geleistet haben. Denn um Kosten zu sparen, ließen die Budgetstrategen im Konrad-Adenauer-Haus einen Großteil der Wahlplakate ihrer Partei preisgünstig im schönen Italien herstellen. Daß man durch diesen Coup nicht eben zur Sicherung von Arbeitsplätzen in Deutschland beigetragen hat, wurde von den Verantwortlichen offenbar gekonnt verdrängt. Ärgerlich wenn man bedenkt, daß die deutsche Druckindustrie allein in den letzten 5 Jahren mehr als 30.000 Jobs verloren hat – auch und gerade wegen der wachsenden Billigkonkurrenz aus dem Ausland.

Es ist erst einige Monate her, da die CDU im sächsischen Landtag die rechtsextreme NPD beherzt angriff nachdem bekannt geworden war, daß die Nationaldemokraten ihre Parteizeitungen im benachbarten Ausland herstellen läßt. Völlig zu Recht warf Sachsens Innenminister Thomas de Maiziere (CDU) der NPD Doppelzüngigkeit vor, nachdem die braune Truppe noch im Landtagswahlkampf mit der griffigen Parole „Grenzen dicht für

Lohndrücker“ auf Stimmenfang gegangen war. Peinlich nur, daß die Christdemokraten anlässlich der Bundestagswahl ebenfalls Druckaufträge ins Ausland vergaben.

Auch die „Unternehmerpartei“ FDP weiß, wie man mit die eigene Parteikasse schont – selbst wenn das im Zweifel auf Kosten des Wirtschaftsstandortes Deutschland geht. So haben sich die Freidemokraten dem Zug der Parteien ins Ausland angeschlossen und ihre Werbematerialien für die Bundestagswahl jenseits der deutschen Grenzen drucken lassen. Schließlich müsse man als kleine Partei kostenbewußt arbeiten, so ein FDP-Sprecher auf Nachfrage.

Der BIW hat übrigens bis dato ausschließlich Betriebe in Deutschland mit der Herstellung seiner Werbematerialien betraut – und wird das auch in Zukunft tun. Denn unsere Wählervereinigung nimmt ihre Verantwortung für den heimischen Standort ernst, unabhängig von hohlen „Du- bist-Deutschland“-Phrasen. Diese Loyalität wiegt für uns finanziell doppelt schwer, denn anders als die etablierten Parteien erhält der BIW keine millionenschweren Zuwendungen aus der Staatskasse.

+ + +

Stoiber vor dem politischen Aus?

Mit seiner Entscheidung, das eigens auf ihn zugeschnittene Amt für Wirtschaft und Technologie in einem Bundeskabinett Merkel nun doch nicht übernehmen zu wollen, überraschte der CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber Freund und Feind. Die wenig überzeugende Begründung Stoibers für seinen Schritt: Der Sturz von SPD-Chef Franz Müntefering durch linke Gegner in der eigenen Partei, der die „Statik“ der großen Koalition verändert habe. Doch der Macht-

kampf bei den Sozialdemokraten war für Stoiber wenig mehr als ein willkommener Vorwand. Schließlich hat Müntefering nur seinen Posten an der SPD-Spitze aufgegeben, steht aber als Minister einer großen Koalition weiterhin zur Verfügung.

In Wahrheit kursierten in Berlin schon Wochen zuvor immer wieder Gerüchte, daß Stoiber wenig Lust auf einen Ministerposten unter Merkel verspüre und lieber Landes-

vater in Bayern bleiben wolle. Denn das Verhältnis Stoibers zur CDU-Parteivorsitzenden ist allen gegenteiligen öffentlichen Bekundungen zum Trotz alles andere als herzlich. Stoiber hat es offenbar nicht verwunden, daß Merkel geschafft hat, was ihm als Kanzlerkandidat anno 2002 versagt geblieben war: Die Regierung Schröder abzulösen.

Auch die Koalitionsverhandlungen in Berlin liefen für Stoiber weniger erfreulich als erhofft. Die penetranten Versuche des CSU-Chefs, das relativ bedeutungslose Bundeswirtschaftsministerium durch zusätzliche Aufgabenbereiche aus anderen Ressorts aufzuwerten und damit die eigene Macht zu vergrößern, stießen den Verhandlungsteilnehmern auch in den eigenen Reihen sauer auf. „Edmund Stoiber war in Berlin eine Belastung“, erzürnte sich Georg Milbradt, CDU-Ministerpräsident von Sachsen, unlängst in der „Passauer Neuen Presse“. In Zeiten, in denen das Gebot der Stunde die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sei, habe Stoiber alle mit Referatsaufteilungen und Kompetenzstreitigkeiten aufgehalten, um schließlich „April, April“ zu sagen, so Milbradt.

Wenig Begeisterung löste die Rückkehr Stoibers in die Landespolitik auch im heimatlichen Bayern aus. Hier hatte man die Ära Stoiber, in der es zuletzt einige Rückschläge gab, bereits abgehakt und sich auf den längst fälligen Generationswechsel eingestellt. Doch der ist jetzt vom Tisch – jedenfalls vorläufig. Denn die Kapriolen, die ein gehöriges Maß an Entscheidungsschwäche offenbarten, haben dem CSU-Vorsitzenden in der eigenen Partei einen deutlichen Ansehensverlust beschert. An der Basis rumort es und auch führende CSU-Politiker üben öffentlich scharfe Kritik an ihrem Parteichef – ein Novum in der Geschichte der Christsozialen. So bescheinigt der frühere CSU-Vorsitzende und Bundesfinanzminister Theo Waigel seinem Nachfolger, „schwerste politische Fehler“

gemacht und Partei und Parteifreunden „wahrscheinlich zu viel“ zugemutet zu haben. Noch deutlichere Worte kommen aus der zweiten und dritten Parteireihe, wo man Stoibers Führungsanspruch offen in Frage stellt und sogar seinen Rücktritt fordert. Kaum Unterstützung dürfte Stoiber auch in der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag finden, wo die von ihm durchgedrückte Berufung des Parteirebellen Horst Seehofer zum Landwirtschaftsminister im Kabinett Merkel erheblichen Unmut hervorgerufen hat.

Vor diesem Hintergrund erweist sich der Rückzug Edmund Stoibers aus Berlin als eine glatte Fehlentscheidung, die den Strauß-Enkel auch in Bayern Ämter und Würden kosten kann. Denn ob sich Stoiber als CSU-Parteichef, vor allem aber als bayerischer Ministerpräsident gerade mit Blick auf die Landtagswahlen 2008 wird halten können, scheint zweifelhaft. Schließlich ist die CSU unter der Führung von Stoiber bei den Bundestagswahlen im September unter die magische 50%-Marke gerutscht. Sollte sich dieses Debakel bei den bayerischen Wahlen in knapp 3 Jahren wiederholen, ist die absolute Mehrheit der Partei futsch. Dann müßte sich die CSU einen Koalitionspartner suchen – oder in die Opposition gehen. Das aber wäre der absolute Super-GAU für die Christsozialen, der nicht nur Bayern, sondern die Parteienlandschaft in ganz Deutschland erschüttern würde.

Anstelle von Edmund Stoiber wird nun Michael Glos, bislang Chef der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Bundeswirtschaftsminister werden – immer vorausgesetzt, die große Koalition kommt tatsächlich zustande. Der aus Unterfranken stammende Müllermeister Glos gilt als bodenständiger und zuverlässiger Politiker mit klar konservativer Ausrichtung. Michel Glos kennt übrigens auch den BIW und hat sich u.a. positiv zu unserer Kampagne gegen einen EU-Beitritt der Türkei geäußert

+ + +

Kurz notiert ...

Im Geschäftsjahr machte die Deutsche Telekom Umsätze in Höhe von 57,9 Mrd. Euro und verbuchte einen Gewinn von 4,6 Mrd. Euro – ein Rekordergebnis. Dennoch will der ehemalige Staatskonzern in den nächsten 3 Jahren insgesamt 32.000 Stellen streichen. Und das kommt auch den deutschen Steuerzahler teuer zu stehen. Denn unter den 32.000 Mitarbeitern, die das Unternehmen loswerden will, sind mindestens 20.000 Beamte, die früher bei der Deutschen Bundespost tätig waren und nun in den Vorruhestand geschickt werden sollen. Das kostet den Staat mindestens eine halbe Milliarde Euro an zusätzlichen Pensionsleistungen pro Jahr. Damit erhöht sich die Gesamtbelastung der öffentlichen Hand für die früher bei der Bundespost beschäftigten Beamten auf jährlich 6 Milliarden Euro.

++

Umweltexperten schätzen, daß die Schäden durch Naturkatastrophen bis Mitte unseres Jahrhunderts auf 200 Billionen US-Dollar steigen werden. Dieser Betrag entspräche dem 20fachen der Wirtschaftsleistung der USA. Allein in Deutschland seien Schäden in Höhe von 800 Mrd. Euro zu erwarten. Die errechneten Zahlen basieren auf Klimaprognosen, wonach die Temperatur in den nächsten Jahrzehnten weltweit um 3,5 Grad Celsius steigen wird. Um die globale Erwärmung zu stoppen, müßten bis 2050 etwa 71 Billionen US-Dollar in den Klimaschutz investiert werden.

+++

Der gute Rat

Türdichtungen mit Papier prüfen

Dichtungen an Gefrier- und Kühlschränken verschleißten mit der Zeit. Folge: Die Tür schließt nicht mehr richtig, der Stromverbrauch steigt. Mit dem folgenden Trick kön-

++

2004 konnte der Staat mit Hilfe von Betriebsprüfungen Mehrsteuern in Höhe von knapp 14 Mrd. Euro vereinnahmen. Hinzu kommen 397,6 Millionen Euro, die Deutschlands Unternehmen an Sozialversicherungsbeiträgen nachzahlen mußten. 76,2% der Mehrsteuern kamen von Großunternehmen. 10.700 Betriebsprüfer waren 2004 im Einsatz. Insidern zufolge werden von jedem Prüfer Mindesteinnahmen in Höhe von 330.000 Euro erwartet.

++

Das Internet entwickelt mehr und mehr zum Kommunikationsmedium Nummer 1. Bereits heute sind weltweit 63 Millionen Domains registriert, finden sich knapp 5 Milliarden Internetseiten im World Wide Web. 2005 werden schätzungsweise 400 Mrd. US-Dollar über Geschäfte im Internet umgesetzt. In Deutschland gehen mehr als 50% der 16-74jährigen mindestens einmal pro Woche online. Und damit alles seine Ordnung hat, regeln 300 Gesetze und 1.500 Urteile zum Internetrecht, was im deutschen Weltnetz erlaubt und was verboten ist.

++

Zu den Koalitionsverhandlungen in Berlin: „Eine Wende in der Politik vollzieht sich selten um 180 Grad. Meist gilt schon eine Korrektur um fünfzehn oder zwanzig Grad als Wende.“ (Henri Tisot)

+++

Zu guter Letzt

Angela Merkel kommt in den Himmel und trifft dort auf Petrus, der sie anspricht: "Wir werden Dir die Wahl geben. Einen Tag wirst Du in der Hölle sein und einen Tag im Paradies. Danach kannst Du wählen, wohin Du willst."

Petrus bringt Angela Merkel in den Fahrstuhl und sie fahren hinunter zur Hölle. Merkel geht hinein und sieht all ihre Freunde. Sie begrüßen sie, spielen Golf, sitzen am Schwimmbad, im Restaurant, die Leute essen, trinken, hören Musik, spielen Karten und auch der Satan sitzt und lacht mit ihnen, abends Tanzerei, man amüsiert sich.

Am nächsten Tag kommt Petrus und sie gehen ins Paradies. Dort sieht Merkel Menschen, die auf weißen Wolken sitzen, Musik hören, alles ist ruhig und gemütlich. Am nächsten Tag kommt Petrus und fragt: "Hast Du Dich entschlossen, hast Du

gewählt?" "Ja. Obwohl es im Paradies angenehm ist, will ich in die Hölle. Dort ist wenigstens was los", antwortet Merkel.

Petrus nimmt sie wieder mit nach unten in die Hölle, klopft an die Tür und eine Sekunde später ziehen zwei Hände Angela Merkel hinein. Nun steht sie mitten in der Wüste, es ist quälend heiß, Ihre Freunde tragen zerrissene Kleidung und sammeln Kamelmist. Der Satan kommt, gibt ihr eine Tüte und sagt, sie solle ebenfalls Mist sammeln.

"Was ist mit dem Golfplatz, mit dem Restaurant, mit dem Schwimmbad, mit der Musik passiert?", fragt Angela Merkel völlig verwirrt.

Antwortet der Satan: "Gestern war vor der Wahl - heute ist nach der Wahl ..."

+ + +

Verantwortlicher im Sinne des Presserechts: Jan Timke, c/o Wählervereinigung Bürger in Wut, Am Treptower Park 28-30, D-12435 Berlin. Telefon 01805 – 72 44 55. Fax 030 - 53 21 48 92. E-Mail: info@buenger-in-wut.de. Nachdruck oder sonstige Reproduktion – auch auszugsweise – nur mit ausdrücklicher Genehmigung des BIW. Weitere Informationen im Internet unter www.buenger-in-wut.de.